

Technische Universität Kaiserslautern • Postfach 3049 • 67653 Kaiserslautern

An die Abgeordneten des Landtags  
von Rheinland-Pfalz

Mainz

Gebäude 47  
Gottlieb-Daimler-Straße  
67663 Kaiserslautern  
Telefon: (0631) 205-2201  
Telefax: (0631) 205-3535  
E-Mail: [president@uni-kl.de](mailto:president@uni-kl.de)

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Nachricht vom

Unsere Zeichen  
Sc/Sc

Kaiserslautern  
07.06.2019

### **Geplante Zusammenführung der TU Kaiserslautern mit dem Standort Landau; Hochschulentwicklung in Rheinland-Pfalz**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,  
sehr geehrter Herr Abgeordneter,

der Ministerrat der Landesregierung hat am 12. Februar 2019 beschlossen, den Universitätsstandort Koblenz zu verselbständigen und eine Zusammenführung der Technischen Universität Kaiserslautern (TUK) mit dem Universitätsstandort Landau anzustreben. Der Senat der TUK hat mehrfach nachdrücklich kritisiert, dass die Gremien der TUK nicht in diesen Entscheidungsprozess eingebunden waren. **Der Beschluss ist bisher nicht stichhaltig begründet worden und führt schon jetzt zur Schädigung des Ansehens und der Leistungskraft der TUK.**

Universitätsfusionen sind kosten- und personalintensiv. In einem internen Diskussionspapier haben wir unterschiedliche Szenarien für eine Zusammenlegung der TUK mit dem Standort Landau durchgespielt. Selbst bei dem Szenario mit nur geringen Anpassungen der Universitätsstandorte ergeben sich direkte Kosten von über 70 Millionen Euro. Zusätzlich würden erhebliche indirekte Kosten durch den Rückgang der Drittmittel und Studierendenzahlen entstehen.

In den letzten Monaten haben wir viele Gespräche mit Herrn Staatsminister Wolf sowie leitenden Vertretern des MWWK geführt, um zu erfahren, welche hochschulpolitischen Ziele durch eine Fusion erreicht werden sollen und welche Pläne existieren, die Universitäten dabei zu unterstützen. Auf zentrale fachliche, finanzielle und administrative Fragen haben wir bisher keine schlüssigen Antworten erhalten; eine **zwingend erforderliche Machbarkeitsstudie**, die insbesondere Risiken abwägt, ist anscheinend nicht geplant.

Wir wollen deshalb **mit Ihnen und Ihrer Fraktion die folgenden wichtigen Fragen und Probleme klären und das gegenseitige Verständnis für die Risiken und Möglichkeiten verbessern:**

1. **Hochschulpolitisches Ziel:** Die TU Kaiserslautern ist eine international wettbewerbsfähige und forschungsstarke Universität mit einem klaren TU-Profil und sehr guter Lehrerbildung im MINT-Bereich. Welches Profil soll die zusammengeführte Universität haben? Welche Rolle soll diese Universität in der hochschulpolitischen Gesamtstrategie des Landes spielen? Welches hochschulpolitische Ziel verfolgt das Land insgesamt mit einer Zusammenführung?

2. **Ausrichtung der Forschung:** Koordinierte Forschungsprojekte beruhen auf gemeinsamen Interessen und sich ergänzender Expertise. Die TUK kooperiert intensiv mit vielen Universitäten im In- und Ausland, aber bisher nicht mit Landau. Ein wesentlicher Mehrwert für die Forschung durch eine Zusammenlegung ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu erkennen. Deswegen würde eine in die Zukunft gerichtete Zusammenlegung nur dann Sinn machen, wenn über einen längeren Zeitraum hinweg gezielt Neustrukturierungen vorgenommen und Synergien aufgebaut werden. Ist das Land bereit, die dafür benötigten erheblichen Finanzmittel aufzubringen?

3. **Ausrichtung der Lehre:** Doppelte Studienangebote, z.B. im Lehramt, mit unterschiedlichen Anforderungen und Prüfungsordnungen an einer zusammengelegten Universität sind nach unserer Meinung wenig sinnvoll und bergen erhebliches Konfliktpotenzial. Wie beurteilen Sie persönlich dieses Thema? Werden Sie dafür eintreten, dass bei standortübergreifenden Studienangeboten das Pendeln von Studierenden und Lehrenden vom Land unterstützt wird? Gibt es insgesamt die Bereitschaft, durch zusätzliche Maßnahmen in den Bereichen Mobilität und digitaler Infrastruktur die Zweistandort-Problematik zu reduzieren?

4. **Governance:** Doppel-Universitäten und Fusionen scheitern häufig an Governance-Problemen. Diese sind besonders ausgeprägt, wenn es sich wie im vorliegenden Fall um zwei Partner deutlich unterschiedlicher Größe handelt und Entscheidungen in demokratischer Selbstverwaltung getroffen werden. Ist Ihnen dieser strukturell angelegte, möglicherweise dauerhafte Konflikt bewusst? Wie sollen die Governance-Probleme, die als Begründung für die Trennungsentscheidung von Koblenz-Landau angeführt werden, vermieden werden?

5. **Ausstattungsgefälle:** Der Standort Landau ist im Vergleich zur TUK und zu anderen deutschen Universitäten erheblich schlechter ausgestattet. Daraus resultierende Probleme lassen sich nicht einfach dadurch lösen, dass man Landau ohne Mehrwert an Kaiserslautern anschließt. Ist das Land bereit, den Entwicklungsstau am Standort Landau zu beheben und Landau langfristig auf einem üblichen universitären Niveau zu finanzieren?

6. **Unmittelbare Transformationskosten:** Unser internes Diskussionspapier und alle bisherigen Universitätsfusionen zeigen, dass die vom MWWK für die erste Phase einer Neustrukturierung vorgesehenen zusätzlichen Finanzmittel vollkommen unzureichend sind. Sollte einem so aufwendigen Transformationsprozess nicht eine **realistische Kostenschätzung** vorgelagert werden? Liegen den aktuellen Haushaltsplanungen derartige Schätzungen zugrunde? Oder ist geplant, dass die Kosten

aus den knappen Grundmitteln zu tragen sind, was Forschung und Lehre an beiden Standorten massiv schwächen würde?

Wir haben bisher insgesamt den Eindruck gewonnen, dass eine rein verwaltungstechnische Zusammenführung angestrebt ist, die nicht durch hochschulpolitische Ziele in Forschung und Lehre begründet ist, keine Entwicklungspotenziale ins Auge fasst und im Wesentlichen mit den existierenden Ressourcen der Universitäten umgesetzt werden soll. Dieser Weg würde zu einer **nachhaltigen Schwächung** der beteiligten Universitäten führen und steht im krassen Widerspruch zu den immer wieder vorgetragenen Aussagen, die Universitäten stärken zu wollen.

Zusammen mit ihren außeruniversitären Forschungsinstituten leistet die TUK einen **unverzichtbaren Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung des Landes**. Dazu zählen landesweite Kooperationsprojekte mit der Industrie, die erfolgreiche Innovationsentwicklung am Technologiestandort Kaiserslautern (Start-Ups, Ansiedlung hochmoderner Unternehmen) und das gelebte Selbstverständnis der TUK, leistungsstarke Studierende für die Fächer des TU-Profiles im Land zu halten und ins Land zu holen. Nun scheint sich das Land von dem seit Jahrzehnten bestehenden politischen Konsens zu entfernen, dass nur eine wettbewerbsfähige TU mit anspruchsvoller MINT-Ausbildung, internationaler Ausrichtung und universitärer Spitzenforschung dies leisten kann. Eine solche Kehrtwende hätte eine erhebliche Beschädigung von langfristig und mit großer Unterstützung des Landes aufgebauten Strukturen zur Folge: Die beeindruckenden und nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolge für die Region hängen eng und unauflösbar mit dem Ruf der TUK als einem Standort für international beachtete Spitzenforschung zusammen.

Insgesamt würde eine erzwungene Fusion unter den bisher erläuterten Rahmenbedingungen nach unserer Meinung zu **gravierenden, langfristigen Nachteilen** für Bildung, Wissenschaft und Wirtschaft im Land führen. **Hochschulpolitik ist Landespolitik**, insofern sehen wir hier **alle** Abgeordneten in der Verantwortung, vor allem natürlich die Mitglieder des Wissenschafts- und Wirtschaftsausschusses sowie die Abgeordneten aus den betroffenen Regionen.

Wir freuen uns auf Ihre Antwort.

Mit besten Grüßen

Universitätspräsident  
**Helmut J. Schmidt**



Univ.-Prof. Dr. rer. nat. 名誉工学博士<sup>1</sup> (湘南工科大学)<sup>2</sup>

<sup>1</sup>Doctor of Engineering honoris causa, <sup>2</sup>(Shonan Institute of Technology), Japan